

EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

Entwicklungsausschuss

2007/2019(BUD)

3.10.2007

STELLUNGNAHME

des Entwicklungsausschusses

für den Haushaltsausschuss

zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans der Europäischen Union für das
Haushaltsjahr 2008
(C6-0000/2007 - 2007/2019(BUD))

Einzelplan III - Kommission

Verfasser der Stellungnahme: Ralf Walter

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Entwicklungsausschuss ersucht den federführenden Haushaltsausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

Das Europäische Parlament

1. unterstreicht erneut, dass Armutsbekämpfung und die Verwirklichung der Millenniums-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals - MDG) die Richtschnur der Aktionen der EU in der Entwicklungszusammenarbeit sein sollten, und hält daher an der Zielmarke von 20 Prozent für Grund- und Sekundärbildung und Basisgesundheits fest, welche die entscheidenden Elemente zur Bekämpfung der Armut sind; drängt darauf, dass diese Ziele auch im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) angemessen berücksichtigt werden;
2. hebt hervor, dass die Abschaffung der Armut und die Erreichung der MDG die vorrangigen Ziele des Instruments für die Entwicklungszusammenarbeit (Development Cooperation Instrument - DCI) sind; gibt zu bedenken, dass eine genaue Überprüfung der von der Kommission vorgelegten Strategiepapier und Jährlichen Aktionsprogramme ergeben hat, dass nicht in allen Ländern und Regionen die Ziele des DCI eingehalten wurden, sondern Mittelausgaben für Bereiche vorgesehen sind, die im DCI keine Rechtsgrundlage haben; wünscht dass diese Kontrolle kontinuierlich fortgesetzt wird;
3. hält die Haushaltsmittel für Personal und Gebäude in den Delegationen auf dem von der Kommission vorgeschlagenen Stand, erwartet jedoch, dass die Kommission die Ziele des DCI respektiert und dass sie angesichts der verstärkten Mittelausgaben über Haushaltshilfe und andere Geber zufrieden stellend erläutert, wofür die Anhebung der Mittel notwendig ist;
4. ist nicht bereit, eine Kürzung der Mittel für die Ziele der Entwicklungszusammenarbeit hinzunehmen, um Maßnahmen der höheren Bildung und von Austauschprogrammen zu finanzieren;
5. fordert, dass die politischen Beziehungen zu den Ländern der mittleren Einkommensgruppe und Programme zur Verbesserung des Ansehens der EU in diesen Ländern sowie zum verbesserten gegenseitigen Verständnis nicht aus Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit finanziert werden, und schafft eine neue Haushaltslinie für derartige Maßnahmen;
6. stellt fest, dass das DCI-Programm zu Migration und Asyl nicht seinem Wunsch nachkommt, insbesondere die Ursachen für Migration zu bekämpfen; transferiert Mittel aus dem Migrationsprogramm zum Programm "In die Menschen investieren", da Investitionen in die Bildung günstigere Ausgangspositionen für die Menschen bei der Bewältigung ihrer Lebenssituation in ihren Ursprungsländern schaffen;
7. stellt zusätzliche Mittel für die Bereiche Bildung, Gesundheit und Gleichstellung des Programms "In die Menschen investieren" bereit und schafft eine eigene Haushaltslinie

für den Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria, um bessere Transparenz und Kontrolle zu gewährleisten;

8. unterstreicht, dass eine zukunftsorientierte Entwicklungspolitik den demographischen Faktor berücksichtigen muss, da er immer größere Auswirkungen auf die sozialen Strukturen der Entwicklungsländer hat;
9. fordert die weitere Verstärkung der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern, insbesondere im Bereich Klimawandel;
10. sieht eine dringende Notwendigkeit, das Pilotprojekt zur Wasserbewirtschaftung fort zu entwickeln und über eine Pilotprojekt festzustellen, wie der Sport stärker für die Entwicklungszusammenarbeit genutzt werden kann;
11. fordert die Weiterführung der sich mit Erfolg durchgeführten vorbereitenden Aktionen im Bereich des Abbaus von ABC- und Kleinwaffen und für das Netzwerk zur Konfliktprävention im Rahmen des Stabilitätsinstruments;
12. sieht die Notwendigkeit, dass der EU-Haushalt dazu beiträgt, die zu erwartenden negativen Folgen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzumildern, und erwartet von den Mitgliedstaaten, dass sie die AKP-Länder in gleicher Weise aus dem EEF und darüber hinaus unterstützen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	3.10.2007
Ergebnis der Schlussabstimmung	+ : 27 - : 0 0 : 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Margrete Auken, Thijs Berman, Josep Borrell Fontelles, Marie-Arlette Carlotti, Thierry Cornillet, Nirj Deva, Alain Hutchinson, Romana Jordan Cizelj, Filip Kaczmarek, Glenys Kinnock, Maria Martens, Gay Mitchell, Luisa Morgantini, Miguel Portas, Horst Posdorf, Toomas Savi, Frithjof Schmidt, Jürgen Schröder, Luis Yañez-Barnuevo García, Anna Záborská, Jan Zahradil.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	Milan Gaľa, Miguel Angel Martínez Martínez, Manolis Mavrommatis, Anne Van Lancker, Ralf Walter, Gabriele Zimmer.
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)	